

Bald 6 Millionen Haushalte ohne Strom?

Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz muß weg

600.000 Haushalten in Deutschland wurde laut Presseberichten wegen unbezahlter Rechnungen bisher der Strom abgeschaltet. Und es werden immer mehr mit jeder neuen Strompreiserhöhung. Bald wird die Millionengrenze überschritten. Bestraft werden die kleinen Verbraucher, die die Gewinne der Ökostrominvestoren aufgrund des unsozialen EEG Erneuerbaren Energien Gesetzes bezahlen müssen. Die NAEB nationale anti-EEG Bewegung e.V. fordert die sofortige Abschaffung des EEG, um weiteren Schaden von Deutschland abzuwenden.

Langsam dämmert es bei verantwortlichen Ministern und Politikern, dass der Öko-Wahn mit Hilfe des EEG nicht aufrechterhalten werden kann. Immer mehr Mitbürger können die ständig durch dieses Gesetz steigenden Stromkosten nicht mehr bezahlen. "Die Stromkosten werden sich in diesem Jahrzehnt noch verdoppeln, wenn die sogenannte Energiewende fortgesetzt wird", sagt der Vorsitzende von der NAEB nationalen anti-EEG Bewegung e. V., Heinrich Duepmann.

Und immer mehr Arbeitsplätze gehen in energieintensiven Betrieben verloren. Der "Spiegel" hat dies beispielhaft in seiner Ausgabe vom 20. Februar 2012 dargestellt. Zur Zeit werden bereits zehntausende von Arbeitsplätzen in der Stahl- und Metallindustrie und in anderen energieintensiven Betrieben abgebaut. Dieser Prozess wurde bisher von der Politik und den Medien nicht weiter beachtet, denn er passt nicht zur politischen Ideologie.

Folgen der Kürzung der Solarstromvergütung

Aber auch im Bereich der "erneuerbaren" Energien wird es eng. Aufgeschreckt durch die wachsende Überproduktion bei starker Sonneneinstrahlung sollen nun die Einspeisevergütungen für Solarstrom stark abgesenkt werden, um so den weiteren Ausbau dieser bei weitem teuersten Stromerzeugung zu vermindern. Aber auch nach den neuen Vergütungssätzen bleibt der Solarstrom extrem teuer. Dies ist kein Wunder. Die Absenkungsbeträge wurden mit der Voltaik-Industrie und den Banken vereinbart. Die Strombranche und die Verbraucher wurden nicht hinzu gezogen. Trotz der immer noch hohen Einspeisevergütung gerät die Solarwirtschaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Mehrere Solarzellenhersteller mussten bereits Konkurs anmelden. In Zukunft werden wohl weniger Solaranlagen aufgestellt. Die Auslastung der Hersteller wird geringer und damit die Stückkosten höher.

So hat das deutsche Voltaik-Vorzeigeunternehmen Solarworld AG in 2011 bereits 25% seines Umsatzes verloren und dabei einen Verlust von 230 Millionen Euro erlitten. Es ist zu erwarten, dass dieses Unternehmen mit der weiteren Absenkung der Einspeisevergütung nicht überleben wird. Damit verlieren auch alle Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Dies ist ein Paradebeispiel für Subventionen. Sie treffen am Ende immer diejenigen, denen mit Subventionen geholfen werden soll.

Doch es hilft unserer Volkswirtschaft nicht, nur die Einspeisevergütungen für Solarstrom zu senken. Das Übel ist das EEG selbst. Es wurde beschlossen, um die Markteinführung der regenerativen Energien zu ermöglichen. Inzwischen ist es zu einem planwirtschaftlichen Instrument der Umverteilung von unten nach oben verkommen. Immer mehr unsinnige Kosten werden dadurch verursacht.

Einspeisevergütungen und viele andere EEG-Kosten

Neben den hohen Einspeisevergütungen, die drei- bis zehnmal so hoch sind wie die Gestehungskosten in konventionellen Kraftwerken, müssen Anschlüsse für mehr als eine Million dezentraler Anlagen erstellt werden. Und die eingespeisten Strommengen müssen dann erfasst und abgerechnet werden. Die Kosten dafür werden laut Gesetz gleichfalls auf den Stromkunden abgewälzt.

Ein weiteres Problem ist die Absicherung des Netzes vor Überlastung durch zu hohe Einspeisungen. In solchen Fällen steigt die Frequenz im Netz. Die Grenzbelastung liegt bei 50,2 Hertz. Wird diese Frequenz erreicht, müssen Anlagen abgeschaltet werden. Dies geht nur über eine Nachrüstung der Einspeiseanschlüsse mit einer Frequenzsicherungstechnik (50,2 Hz-Technik), deren Gesamtkosten nach Einschätzung vom NAEB Vorsitzenden Heinrich Duepmann im Milliardenbereich liegen. Auch dies darf der Stromkunde bezahlen einschließlich der Vergütung für den nicht gelieferten oder ins Ausland verschenkten Strom bei Überproduktion.

Die Verteilernetze zu den Stromkunden sind für die vielen zusätzlichen Ökostrom-Anlagen zu schwach. Sie müssen verstärkt oder erneuert werden. Allein die Energieversorgung Weser-Ems muss in Ihr Netz 100 Millionen Euro investieren. Ihr Anteil an den deutschen Versorgungsnetzen liegt bei vier Prozent. Für ganz Deutschland müssen also 2,5 Milliarden Euro aufgewendet werden für die Aufnahme des Ökostroms. Für die Verstärkung des Mittelspannungsnetzes und den erforderlichen Bau von 4.500 km neuen Überlandleitungen für die Weiterleitung des Ökostromes in den verbrauchsstarken Westen und Süden unseres Landes müssen laut Bundesnetzagentur 30 bis 48 Milliarden Euro veranschlagt werden. Die Anbindung der Offshore-Windparks in der Nordsee erfordert laut Netzbetreiber Tennet weitere 15 Milliarden Euro. Alle diese Investitionen für den Offshore-Strom werden auf den Kunden unter Netzkosten abgewälzt. Ohne Ökostrom sind diese teuren Ausbaumaßnahmen nicht nötig.

Zu viele Ökostrom-Anlagen

Mit jeder neuen Ökostrom-Anlage kommt es immer häufiger zu einer Überproduktion, die nicht eingespeist werden kann. So mussten im letzten Jahr bereits an 49 Tagen Windkraftanlagen wegen Überproduktion abgeschaltet werden. Der überflüssige und nicht gelieferte Strom wird dann trotzdem dem Anlagenbetreiber vergütet. Darüber hinaus wird aber mit einem weiteren Ausbau von Ökostrom-Anlagen mehr Strom im Jahresverlauf in das Netz abgegeben. Die Schattenkraftwerke, also konventionelle Dampf- und Gaskraftwerke, die immer bereitstehen und einspringen müssen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint, produzieren so immer weniger Strom im Jahr bei gleichen Personal- und Kapitalkosten. Wenn ein Kraftwerk 5.000 bis 8.000 Stunden im Jahr Strom produzieren kann, aber die meiste Zeit nur in Lieferbereitschaft gehalten wird und nur 500 Stunden tatsächlich Strom liefert, steigen auch hier die Stromerzeugungskosten bis zum Zehnfachen. Auch diese Strompreiserhöhung muss der Stromkunde zahlen.

Die Stromkosten steigen immer schneller

Die Stromkosten werden aus den geschilderten Gründen viel schneller steigen, als unter www.Stromlüge.de berechnet. Wenn sich nichts ändert, haben die Stromkosten in wenigen Jahren bereits die 50 Cent/kWh Marke überschritten. Und die Preisspirale dreht sich noch weiter.

Die hohen Einspeisevergütungen nach dem unsozialen EEG haben nur eine Teilschuld an den ständig steigenden Strompreisen. Der Vorrang der Einspeisung von Ökostrom schafft viel größere Probleme und Kosten. Ohne das EEG können wir auf den Ausbau der Netze verzichten, denn sie reichen voll zur optimalen Versorgung der Stromkunden aus. Ohne das EEG können wir die Stromerzeugung und den Bedarf viel einfacher und kostengünstiger einregeln. Ohne das EEG werden die Hersteller regenerativer Anlagen gezwungen, endlich wirtschaftliche Lösungen zu entwickeln. Ohne das EEG würde viel weniger Haushalten der Strom abgeschaltet, da die Strompreise weitaus niedriger wären.

Das EEG selbst ist das Übel. Das Herumdoktern an Symptomen wie den Einspeisevergütungen hilft nicht. Das EEG muss weg. Dies fordert die nationale anti-EEG Bewegung e.V. (NAEB).

Prof.Dr. Hans-Günter Appel
Beiratsvorsitzender NAEB e.V.

Pressekontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
info@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Prof.Dr. Hans-Günter Appel
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
Hans-Guenter.Appel@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie/Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. naeb e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

